

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning von Tresckow Straße 2-8, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
2. Regionale Planungsgemeinschaft, „Prignitz-Oberhavel“, Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin	<p>Stellungnahme vom 10.05.2022</p> <p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 11.04.2022 (Posteingang: 11.04.2022) und möchten Ihnen hiermit die regionalplanerische Stellungnahme zu dem oben genannten Verfahren mitteilen.</p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <p>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung/Windenergienutzung“ (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)</p> <p>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ (ReP FW) vom 21. November 2018</p> <p>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)</p> <p>Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ (ReP Wind), Entwurf vom 8. Juni 2021</p> <p>Gemeinsames Rundschreiben des MLUR u. MSWV zur Steuerung u. Beurteilung von Windenergieanlagen vom 16.02.2001</p> <p>Die 5. Änderung des Teilflächennutzungsplans (TFNP) sowie der in Aufstellung befindliche Bebauungsplans (BP) Nr. 7 „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ der Gemeinde Gerdshagen sind mit den Belangen der Regionalplanung teilweise vereinbar.</p> <p>Begründung: Der Entwurf der 5. TFNP-Änderung sowie der Entwurf des BP Nr. 7 „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ der Gemeinde Gerdshagen waren bereits zu einem früheren Zeitpunkt Gegenstand der Beteiligung bzw. der Bewertung der kommunalen Planungsabsichten mit den Belangen der Regionalplanung.</p> <p>Nach Einsichtnahme in die Unterlagen stellen wir fest, dass sich das uns bekannte Pla-</p>	<p>Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die nebenstehenden Erfordernisse der Raumordnung werden zur Kenntnis genommen. Insbesondere im Hinblick auf den angeführten ReP „Freiraum und Windenergie“ (2018) sowie den ReP „Wind“ (2021) ist festzustellen, dass beide Pläne bisher keine Rechtswirksamkeit erlangt haben. In der Folge greift auch die Anpassungspflicht für Bebauungspläne an die Ziele der Raumordnung nach § 1 Abs. 4 BauGB nicht. Vielmehr stellen die in Aufstellung befindlichen Ziele „sonstige Erfordernisse der Raumordnung“ dar. Nach § 4 Abs. 1 S. 1 ROG sind diese „sonstigen Erfordernisse der Raumordnung“ im Rahmen von Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Insoweit sind die Festsetzungen der Regionalplanentwürfe bei der Aufstellung des Bebauungsplanes als öffentliche Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB mit in den Abwägungsprozess einzustellen. Sie sind dabei allerdings nicht „abwägungsfest“, sodass eine Überwindung der sich in Aufstellung befindlichen Ziele im Rahmen der Abwägung grundsätzlich möglich ist.</p> <p>Der Hinweis ist korrekt.</p> <p>Der Hinweis ist korrekt.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>nungskonzept der kom. Bauleitplanentwürfe nicht geändert hat. Vor diesem Hintergrund wird die Vereinbarkeit mit den Belangen der Regionalplanung im Rahmen der erneuten Beteiligung wie folgt bewertet.</p> <p>So hat die geplante 5. FNP-Änderung weiterhin überwiegend auf einer Fläche von 33,33 ha die vorbereitende bauplanungsrechtliche Sicherung von zwei sonstigen SO mit der Zweckbestimmung Einzelanlagen Windkraft sowie eines sonstigen SO mit der Zweckbestimmung Photovoltaikfreiflächenanlagen (PVA) zum Inhalt.</p> <p>Der Entwurf des BP Nr. 7 „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ hat überwiegend auf einer Fläche von ca. 23,03 ha die verbindliche bauplanungsrechtliche Sicherung eines Gebietes zur geplanten Errichtung von einer Photovoltaikfreiflächenanlage (PVA) in der Gemeinde u. Gemarkung Gerdshagen zum Inhalt.</p> <p>Ausgenommen von der SO-PV Festsetzung sind Flächen mit einer Größe von 2,8 ha für zwei WEA-Bestand sowie zuzüglich die Erschließungswege für die Anlagen.</p> <p>Der ca. 33,33 ha große Geltungsbereich der FNP-Änderung bzw. des BP für die geplante PVA befinden sich in südöstlicher Richtung ca. 1 km außerhalb des Siedlungsbereiches von Gerdshagen. Die Geltungsbereich der 5. TFNP-Änderung sowie der Entwurf des BP Nr. 7 befinden sich gesamträumlich innerhalb des Eignungsgebietes Windenergienutzung Nr. 5 „Falkenhagen-Gerdshagen-Rapshagen“ des ReP Wind Entwurf (vgl. Teil II Z1 ReP Wind).</p> <p>Mit der Darstellung in der Karte verbindet der ReP die Festlegung, dass die in der Festlegungskarte dargestellten Eignungsgebiete Windenergienutzung der Konzentration von raumbedeutsamen Windenergieanlagen dienen. Außerhalb der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung sind die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen und das Repowering bestehender Anlagen ausgeschlossen.</p> <p>Dementsprechend ist die geplante Inanspruchnahme der EG von gegen die Konzentration der Windenergienutzung gerichteten Nutzungen mit der regionalplanerischen Festlegung für die Windenergienutzung in der Regel in diesen Gebieten nicht vereinbar.</p> <p>Die Planung und Errichtung von PVA gehört in der Regel zu den nichtvereinbaren Nutzungen innerhalb der EG Windenergienutzung.</p> <p>Der in Rede stehende Bereich des EG Windenergienutzung enthält mit Blick auf die Geltungsbereiche der 5. FNP-Änderung sowie des Entwurfs des BP Nr. 7 einen Be-</p>	<p>Die Ausführungen sind korrekt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>standswindpark mit zwei WEA-Bestand sowie zwei weiteren aktuell im vorhabenbezogenen Genehmigungsverfahren befindlichen Anlagen. Unter Berücksichtigung der Anlagenverteilung (Bestand+Anlagen im Verfahren) ist das EG in dem Bereich mit Anlagen für die Windenergienutzung ausgelastet.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird die Vereinbarkeit der kommunalen Planungsabsicht mit den Belangen der Regionalplanung wie folgt bewertet.</p> <p>zu 5. Änderung TFNP: Der Entwurf der 5. TFNP-Änderung enthält in dem Bereich mit WEA-Bestand die geplante Festsetzung von zwei SO-Wind bzw. ist der TFNP-Entwurf dem Bereich mit den Belangen der Regionalplanung zur Konzentration der raumbedeutsamen Windenergienutzung vereinbar.</p> <p>Hingegen wird der Standort der im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA gelegen in der Flur 002 auf dem Flurstück 443 überlagert mit dem SO-PV bzw. wird in dem Bereich durch die geplante Festsetzung die Windenergienutzung ausgeschlossen. Dementsprechend ist die geplante Festsetzung in dem Bereich im TFNP-Entwurf mit den regionalplanerischen Belangen der Regionalplanung zur Konzentration der raumbedeutsamen Windenergienutzung nicht vereinbar.</p> <p>Anregung: Der Standort der im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA soll analog den Bestandsanlagen im TFNP bauleitplanerisch gesichert werden.</p> <p>zu BP Nr. 7: Der BP-Entwurf enthält in dem Bereich mit zwei WEA-Bestand keine Festlegungen für die geplante PVA bzw. spart die Flächen mit den Bestandsanlagen für die Windenergienutzung von der PV-Festsetzung aus bzw. ist dementsprechend in dem Bereich mit den Belangen der Regionalplanung zur Konzentration der raumbedeutsamen Windenergienutzung vereinbar.</p> <p>Hingegen wird der Standort der im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA gelegen in der Flur 002 auf dem Flurstück 443 überlagert mit dem SO-PV bzw. wird in dem Bereich durch die geplante Festsetzung im BP-Entwurf die Windenergienutzung ausgeschlossen. Dementsprechend ist die geplante Festsetzung in dem Bereich des verbindlichen Bauleitplanentwurfs mit den regionalplanerischen Belangen zur Konzentration der raumbedeutsamen Windenergienutzung nicht vereinbar.</p> <p>Anregung: Der Standort der im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA soll analog den Bestandsanlagen im BP-Entwurf bauleitplanerisch gesichert werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Nach eingehender Recherche hat sich gezeigt, dass beim LfU, als zuständige BImSch-Genehmigungsbehörde, kein Genehmigungsantrag auf dem Flst. 443 der Flur 2 vorliegt. Zudem ist auf Grundlage der Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen (EiTB) sowie unter Berücksichtigung aktuell durchschnittlicher Anlagengrößen von WEA, ein Mindestabstand von ~270 m zu den bestehenden Bahnanlagen einzuhalten. Die Grenze des aktuellen Geltungsbereiches verläuft in einem Maximalabstand von derzeit ~240 m zu den Schienenwegen und umfasst damit ausschließlich den Bereich, der gem. EiTB von einer Bebauung mit WEA freizuhalten ist, womit die vorliegende Planung einer Konzentration von WEA im Eignungsgebiet nicht entgegensteht.</p> <p>Dies gilt gleichermaßen für die Ausführungen zur 5. Änderung des TFNP und zum BP Nr. 7.</p> <p>Im Ergebnis wird die Planung unverändert weitergeführt, da die beabsichtigte Festsetzung eines SO-PV einer weiteren Konzentration von WEA im Eignungsgebiet nicht entgegensteht und auf dem Flst. 443, entgegen der Darstellungen der RPG PR-OHV, kein Genehmigungsantrag für WEA vorliegt.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Hinweise! Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.). Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung / Windenergienutzung“ wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ sowie die Festlegungen zur „Steuerung der Windenergienutzung“. Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan „Rohstoffsicherung“.</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ wurde am 8. Juni 2021 von der Regionalversammlung als Entwurf gebilligt. Die in Aufstellung befindlichen Ziele sind als sonstige Erfordernisse der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planung und Maßnahmen und Entscheidungen über deren Zulässigkeit zu berücksichtigen (§ 3 Absatz 1 Nummer 4 i. V. m. § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG).</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungungen unberührt.</p> <p>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergeb-</p>	<p>Die regionalplanerischen Hinweise wurden entsprechend beachtet und in der Abwägung angemessen berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>nisses zur Prüfung der Berücksichtigung der regionalplanerischen Erfordernisse zur Sicherung von Gebieten für die raumbedeutsame Windenergienutzung.</p> <p>Für weitergehende Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p>	
<p>3. Landkreis Prignitz Geschäftsbereich II Sb Planung und Unternehmensbe- treuung Berliner Straße 49 19348 Perleberg</p>	<p>Stellungnahme vom 10.05.2022</p> <p>mit Schreiben vom 11.04.2022 wurde der Landkreis Prignitz zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung aufgefordert. Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum o.g. Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Sb Umwelt</p> <p>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</p> <p>Gegen den o. g. Bebauungsplan bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Die nachfolgend genannte Forderung ist einzuhalten.</p> <p>Forderung: Für die geplante Heckenpflanzung in der Nähe des verrohrten Gewässers II. Ordnung ist die Zustimmung des Wasser- und Bodenverbandes "Prignitz" einzuholen.</p> <p>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</p> <p>Mit dem BP-Verfahren soll durch die Festsetzung mehrere Sondergebiete die Errichtung eines rund 25,14 ha großen Solarparks ermöglicht werden. Parallel dazu läuft das Verfahren zur 5. Änderung des Teilflächennutzungsplanes Gerdshagen. Der Umweltbericht (UB) wird für beide Verfahren erarbeitet. Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr.</p>	<p>Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Dem Hinweis wurde gefolgt. Der WBV „Prignitz“ (Nr. 21) ist am Verfahren beteiligt und hat keine Einwände gegen die Heckenpflanzung erhoben, ein Gewässerrandstreifen von 5 Metern ab Böschungsoberkante wird frei gehalten.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Seitens der UNB bestehen gegen den BP(-Entwurf) unter Beachtung nachfolgender Forderungen keine Bedenken.</p> <p>Biotopschutz</p> <p>Eine ausreichende Ermittlung der Biotop- und Nutzungstypen im Plangebiet ist im Jahr 2020 (März - Juli) erfolgt. Es wurde mit einem Kleingewässer ein Biotop mit gesetzlichem Schutzstatus im Plangebiet kartiert. Nach gegenwertigem Planungsstand wird das geschützte Biotop durch das Bauvorhaben nicht mit Solarmodulen überplant und zum Erhalt festgesetzt. Beeinträchtigungen geschützter Biotope nach § 30 Abs. 2 BNatSchG bzw. § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG sind somit durch das Vorhaben nicht zu erwarten.</p> <p>Artenschutz</p> <p>In der Bauleitplanung sind die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu beachten. Diese Verbote gelten entsprechend § 44 Abs. 5 BNatSchG bei Vorhaben, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, für europäische Vogelarten und Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie („europarechtlich geschützte Arten“). Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung / Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p> <p>Die faunistischen Bestandsaufnahmen erfolgten im Untersuchungsraum (Plangebiet u. im Umfeld von teilweise 100 m bis 500 m) für die Artengruppen der Brutvögel/Nahrungsgäste (März - Juli 2020), der Zug-/ Rastvögel (August 2020 – April 2021), der Amphibien (März - Juli 2020) und der Reptilien (April – Oktober 2020) in ausreichendem Umfang.</p> <p>Es wurden im UR insgesamt 28 Brutvogelarten (davon zwei planrelevante Brutvogelarten bei der Horstkartierung bis 500 m) und 7 Nahrungsgäste und 12 relevante Zug- und Rastvogelarten (bis 500 m) kartiert. Weiterhin wurden 2 Amphibienarten (Kammolch, Erdkröte) im Nordosten des UR erfasst.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Aufzählung ist korrekt.</p>

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Die Betroffenheit von europäischen Vogelarten und Arten des Anhangs IV der FFH - Richtlinie wurden im Rahmen eines vorliegenden artenschutzrechtlichen Fachbeitrages – AFB (K.K-Regioplan, Februar 2022) behandelt und abgearbeitet.</p> <p><u>Brutvögel:</u></p> <p>Laut durchgeführter Brutvogelkartierung kommen Offenlandbrutvögel (Feldlerche, Schafstelze, Grauammer) auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen des Plangebietes vor, die teilweise durch den Solarpark dauerhaft beansprucht werden.</p> <p>Zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wurden insbesondere für die betroffenen Brutvögel des Offenlandes im Plangebiet Schutz- bzw. Vermeidungsmaßnahmen vorgeschlagen.</p> <p>Bei Umsetzung des Bauvorhabens ist laut dem Artenschutzfachbeitrag (AFB) eine Bauzeitenregelung (V1) außerhalb der Brutzeit (1.9. bis 28./29.2.) vorgesehen und falls erforderlich soll vorher eine Vergrämung der Offenlandbrüter erfolgen. Die Vermeidungsmaßnahme ist bereits als textlicher Hinweis im B-Plan aufgeführt, nur stimmt der Zeitraum (hier 1.8. bis 28.2.) nicht mit den zeitlichen Angaben aus dem AFB überein. Ansonsten ist nach Ansicht der UNB die Maßnahme zum Schutz der Brutvögel als ausreichend anzusehen.</p> <p><u>Forderung:</u></p> <p>Die zeitliche Angabe zur Bauzeitenregelung in den textlichen Hinweisen ist an die Empfehlung des AFB anzupassen.</p> <p>Es ist vorgesehen innerhalb des Solarparks extensives Grünland (Maßnahme M2) anzulegen und die erforderlichen Pflegemaßnahmen im Plangebiet umzusetzen. Die im B-Plan dazu festzusetzenden Mahdvorgaben (z.B. außerhalb der Hauptbrutzeit vom 15.7. bis 28.2., max. 2-mal jährliche Mahd mit Schnittgutberäumung, mind. 10 cm über GOK) sind zum Schutz der Offenlandbrutvögel (z.B. Feldlerche, Schafstelze, Grauammer) nach Ansicht der UNB in Ordnung. Um eine Verletzung des Tötungsverbots gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG aber vollständig ausschließen zu können, sind zudem auch Vor-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt und die textlichen Hinweise der Planzeichnung auf die Empfehlungen des AFB abgestimmt.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt und die textlichen Festsetzungen um Angaben zur Wiesenpflege während der Hauptbrutzeit (01.03. - 15.07.) ergänzt.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>gaben zum Verzicht auf eine Wiesenpflege (Walzen, Schleppen) in der Hauptbrutzeit vom 1.3. bis 15.7. erforderlich und noch in den textlichen Teil der Festsetzungen zum B-Plan mit aufzunehmen.</p> <p>Weiterhin wird von der UNB empfohlen zu prüfen, ob nicht auch eine Nutzung per Beweidung mit Schafen und Ziegen (max. Besatzstärke von 1,4 GVE/ha) außerhalb der Hauptbrutzeit zugelassen werden kann.</p> <p>Forderungen:</p> <p>Für die im B-Plan unter Punkt 4.1.2 getroffene Festsetzung zur Entwicklung von Extensivgrünland im Solarpark sind noch zusätzliche Pflegevorgaben erforderlich und in den Festsetzungen zu ergänzen, d.h. eine extensive und brutvogelfreundliche Grünlandnutzung vorzugeben:</p> <p>Eine Wiesenpflege durch Walzen oder Schleppen ist mindestens in der Hauptbrutzeit vom 1.3. bis zur ersten Nutzung zu unterlassen.</p> <p>Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.</p> <p>Der Einsatz von Stickstoffdünger darf den jährlichen Nährstoffäquivalent von 1,4 GVE/ha nicht überschreiten.</p> <p>Eine Nutzung durch Beweidung mit Schafen und Ziegen ist ab 15. Juli bis Ende Oktober zulässig, bei einem Besatz von maximal 1,4 GVE/ha.</p> <p><u>Amphibien:</u></p> <p>Im nordöstlichen Untersuchungsraum wurde ein Vorkommen des Kammmolches (europäische FFH-Art) und der nur national geschützten Erdkröte im Bereich eines Kleingewässers, im Abstand von 350 m zum Plangebiet nachgewiesen. Eine Betroffenheit durch das Bauvorhaben wird vom Gutachter ausgeschlossen, dem kann sich die UNB anschließen.</p> <p>Gehölzschutz</p> <p>Der Gehölzbestand auf den Plangebietsflächen, unterliegt der Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR). Laut UB Kapitel 2.2.2. Biotope und Flora wer-</p>	<p>gänzt.</p> <p>Dem Hinweis wird teilweise gefolgt und als Alternative zur Pflege mittels Mahd eine mögliche Beweidung mit Schafen außerhalb der Hauptbrutzeit zugelassen. Eine Beweidung durch Ziegen lässt sich in d. Regel nicht realisieren, da die Ziegen auf die Modultische springen und dabei die Moduloberflächen zerstören und somit nicht innerhalb des PV-Parkes gehalten werden sollen.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt und die Pflegevorgaben zur Entwicklung von Extensivgrünland entsprechend der nebenstehenden Hinweise (jedoch ohne die Beweidungsmöglichkeit mit Ziegen) redaktionell in den textlichen Festsetzungen ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>den durch die Erschließung nach derzeitigem Kenntnisstand keine Beeinträchtigungen des vorhandenen Gehölzbestandes erwartet.</p> <p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u></p> <p>BNatSchG Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908)</p> <p>BbgNatSchAG Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p>NatSchZustV Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2021 (GVBl. II/21, Nr. 71)</p> <p>BaumSchV-PR Baumschutzverordnung Prignitz (BaumSchV-PR) vom 11. Dezember 2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009</p> <p><u>3. als Untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)</u></p> <p>Keine Stellungnahme</p> <p>II. Sb Denkmalschutz:</p> <p>Die Belange des Denkmalschutzes sind in ausreichender Form in den o.g. B-Plan aufgenommen und berücksichtigt. Gegen die Aufstellung bestehen somit aus Sicht des Denkmalschutzes keine Bedenken.</p> <p>III. Sb Brand- und Katastrophenschutz</p> <p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeben sich zu o. g. Vorhaben aus Sicht der</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Brandschutzdienststelle keine weiteren Forderungen zum abwehrenden Brandschutz.</p> <p>IV. Sb Kreisstraßenmeisterei</p> <p>Keine Stellungnahme</p> <p>V. Sb Bauordnung</p> <p>1. Bauordnungsrecht</p> <p>Bauordnungsrechtlich bestehen zum B-Plan Nr. 7 des Amtes Meyenburg „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“, Stand Februar 2022 keine Anmerkungen.</p> <p>2. Planungsrecht</p> <p><u>2.1 Planzeichnung/Begründung:</u> Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches sollte auf den äußeren Umring begrenzt werden. Die innenliegenden, vom Geltungsbereich ausgegrenzten, Flächen und Wege führen zur Unübersichtlichkeit der Planzeichnung.</p> <p><u>2.2 Textliche Festsetzung/Begründung:</u></p> <p>Geltungsbereich: Der Geltungsbereich des Sondergebietes befindet sich innerhalb des Windeignungsgebietes Nr. 8 des gebilligten Entwurfs sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ der Planungsgemeinschaft Prignitz–Oberhavel Stand Juni 2021. Diese Festsetzung widerspricht den künftigen Zielen der Raumordnung. In der Begründung sind Ausführungen hinsichtlich der Vereinbarkeit zu ergänzen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, der Anregung wird nicht gefolgt, Erläuterung: Die dadurch entstehende Abgrenzung der SO-PV würde nicht mehr den übergeordneten Raumordnungszielen entsprechen. Die aktuelle Abgrenzung des Geltungsbereiches ist das Ergebnis eines Abstimmungsprozesses mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, die zuletzt mit Stellungnahme vom 03.02.2021 im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB, eine Anpassung der Planungsabsicht an die Ziele der Raumordnung festgestellt hat.</p> <p>siehe Ausführungen zuvor</p> <p>In der Begründung erfolgen ergänzende Ausführungen zur Vereinbarkeit der Planungsabsicht mit künftigen Zielen der Raumordnung.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Festsetzung 2.1.4 Auf der Planzeichnung ist die Errichtung eines Sicherheitszaunes innerhalb aller Sonstigen Sondergebiete (SO/PV) im Abstand von mind. 0,50 m zu den angrenzenden Flurstücken zulässig. In der Begründung auf Seite 22 und 23 wird ausgeführt, dass die Errichtung eines Sicherheitszaunes parallel entlang der Grenze des Verlaufes des Geltungsbereiches sowie innerhalb der SO/PV im bestimmten Abstand zulässig ist. Die Errichtung eines Sicherheitszaunes parallel entlang der Grenze des Verlaufes des Geltungsbereiches ist nicht Inhalt der Festsetzung und widerspricht dieser. Die Begründung ist zu berichtigen.</p> <p>Festsetzung 4.1.2 Die Festsetzungen zur Regelung der Art der Bewirtschaftung (Pflegetermine, Einsaat) sind nur zulässig, wenn sie das Erreichen eines Ausgleichsziels sicherstellen. In der Begründung ist auf diese Sicherstellung durch die einzelnen Pflegemaßnahmen einzugehen.</p> <p>Die Festsetzung des Abs. 3: „Um Verletzungen des Tötungsverbots nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auszuschließen, sind Pflege- und Mahdtermine ... außerhalb der Hauptbrutzeit (...) durchzuführen“ ist keine Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB. Diese Aussage ist zu streichen. Sie kann als Hinweis aufgenommen werden.</p> <p><u>2.3 Hinweise:</u></p> <p>Die Rechtsgrundlagen müssen dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses entsprechen.</p>	<p>Kenntnisnahme, der Widerspruch zwischen Planzeichnung und Begründung auf Seite 22 und 23 wird aufgelöst, die Begründung wird an die Ausführungen der Planzeichnung angepasst.</p> <p>Kenntnisnahme, die Begründung zum BP wird um eine Beschreibung der einzelnen Pflegemaßnahmen und deren Bedeutung für die Erreichung des Ausgleichsziels ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme, die Ausführungen werden auf der Planzeichnung zur Satzung des Bebauungsplanes künftig als Hinweise geführt.</p> <p>Kenntnisnahme, der Hinweis wird entsprechend beachtet.</p>
4. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Henning-von-Tresckow-Straße 2-13, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
5. Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2 Seeburger	<p>Stellungnahme vom 25.04.2022</p> <p>die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genom-</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Chaussee 2 14476 Potsdam OT Groß Glienicke	<p>men und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz und Immissionschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.</p> <p>Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2</p> <p>Belang Wasserwirtschaft <i>Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.</i> Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung <input type="checkbox"/></p> <p>1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen) a) Einwendung b) Rechtsgrundlage c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</p> <p>2. Fachliche Stellungnahme <input type="checkbox"/> Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens <input checked="" type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 24.02.2021 eine Stellungnahme abgegeben. Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt,</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Mit Stellungnahme vom 24.02.2021 wurde durch das Referat W13 mitgeteilt, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren Hinweise gegeben.	
6. Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Fehrbelliner Straße 4e 16816 Neuruppin	Stellungnahme vom 11.05.2022 Stellungnahme des LELF als obere Flurbereinigungsbehörde, Ref. B2 - Ländliche Neuordnung Das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen. Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor. Eine weitere Beteiligung ist nicht erforderlich.	Kenntnisnahme Der nebenstehende Hinweis wird beachtet.
7. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, und Archäologisches Landesmuseum Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wünsdorf		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
8. Landesamt für Bauen und Verkehr Lindenallee 51 15366 Hoppegarten	Stellungnahme vom 05.05.2022 den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft. Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken. Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt. <u>Hinweise zu Straßen</u> Eine Beurteilung des Entwurfs hinsichtlich der Betroffenheit straßenbaulicher und straßenplanerischer Belange liegt in der Zuständigkeit des jeweiligen Straßenbaulastträgers. Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungun unberührt.	Kenntnisnahme Kenntnisnahme, die zuständigen Straßenbaulastträger sind ebenso in diesem Verfahren beteiligt worden. Der Landesbetrieb f. Straßenwesen, das Fernstraßen-Bundesamt, die Autobahn GmbH des Bundes, alle Träger haben eine Stellungnahme vorgelegt.

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
9. Landesbetrieb Forst Branden- burg Oberförsterei Bad Wilsnack Am Ziegelberg 5 19336 Bad Wils- nack	Stellungnahme vom 09.05.2022 zur oben genannten 5. Änderung des TFNP der Gemeinde Gerdshagen / BP Nr. 7 „So- larpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ gibt es keine weiteren Änderungen zu meiner Stellungnahme vom 26. Februar 2021.	In der Stellungnahme vom 25.02.2021 wurden keine Bedenken hin- sichtlich der Planungsabsicht vorgetragen.
10. Landesamt für Bergbau, Geolo- gie und Rohstoffe LBGR Inselstraße 26 03046 Cottbus	Stellungnahme vom 02.05.2022 im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grund- lage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Pla- nung/Vorhaben wie folgt: B Stellungnahme Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 9. Februar 2021 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellung- nahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.	In der Stellungnahme vom 09.02.2021 wurden keine Bedenken hin- sichtlich der Planungsabsicht vorgetragen.
11. Landesbetrieb Straßenwesen Dezernat Pla- nung West Dienststätte Ky- ritz Holzhausener	Hinweis vom 12.04.2022 Ich bitte um Beachtung der folgenden E-Mail!!! Ihre unten stehende E-Mail habe ich an die zuständigen Bearbeiter in unserem Haus zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet. Für zukünftige Anfragen Träger öffentlicher Belange bitte ich Sie, Ihr Anliegen direkt und ausschließlich an unsere E-Mail-Postfächer der einzelnen Regionen	Kenntnisnahme, der nebenstehende Hinweis wird beachtet.

[illegible]

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
12. IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
13. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg Mittelstraße 5/5a 12529 Schönefeld	Stellungnahme vom 25.04.2022 nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zu dem Entwurf der 5. Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Gemeinde Gerdshagen sowie des Bebauungsplans Nr. 7 „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ der Gemeinde Gerdshagen im Parallelverfahren (Stand: Februar 2022) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz wie folgt Stellung genommen: Die in der Stellungnahme vom 02.03.2021 (4122-50180/55LF/2021) getroffenen Aussagen bleiben weiterhin gültig. Ich bitte die angeführten Punkte und erteilten Hinweise zu beachten und weiter in die Planung zu übernehmen.	Die getroffenen Aussagen aus der Stellungnahme v.02.03.2021 beinhalten durchweg positive Anmerkungen
14. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Kompetenzzentrum Baumanagement Infra I 3 Fontainengraben 200 53123 Bonn	Stellungnahme vom 19.04.2022 hiermit erhalte ich die bereits abgegebene Stellungnahme vom 29.01.2021 (K-VII-58-21-BBP) zu o.g. Beteiligung aufrecht. <u>Allgemeiner Hinweis:</u> Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail/Interlink) bereitzustellen und an den Organisationsbriefkasten BAIUDBwToeB@bundeswehr.org zu senden. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.	In der Stellungnahme vom 29.01.2021 wurden keine Bedenken bezüglich der Planungsabsicht mitgeteilt. Kenntnisnahme
15. Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20, 15806 Zossen OT Wünsdorf		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
16. Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, "Haus der Natur", Lindenstraße 34, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
17. Deutsche Telekom Technik GmbH, Postfach 229, 14526 Stahnsdorf		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
18. RIN Regio Infra Nord-Ost GmbH & Co. KG, Pritz-	Stellungnahme vom 13.05.2022 wir bedanken uns zunächst für die Beteiligung an den o.a. Planungsverfahren; wir sind	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
walker Straße 8, 16949 Putlitz	<p>als öffentliches, Nichtbundeseigenes Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NE-EIU) sonstiger Träger öffentlicher Belange. Die uns gehörende Strecke 6938 Pritzwalk - Meyenburg führt durch das von den Planungen berührte Gebiet und wir sind daher von den Planungen betroffen.</p> <p>Unsere bisherigen, für die Planvorhaben abgegebenen Stellungnahmen - zuletzt mit unserem Schreiben GF2-P20 / 25-2021 vom 05.03.2021 - wurden weitestgehend in die neu aufgestellten Unterlagen eingearbeitet, wofür wir uns bedanken.</p> <p>Demnach können wir den Unterlagen zur 5. Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Gemeinde Gerdshagen, Amt Meyenburg, zustimmen.</p> <p>In den Unterlagen zum B-Plan Nr. 7 „Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24“ sind 2 Unzulänglichkeiten enthalten, die wir wie nachfolgend beschrieben abzustellen bitten.</p> <p>– Streckenbezeichnung: Im Abschn. 2.1 Stadträumliche Einbindung wird die uns gehörende Strecke nochmals als „Bahnstrecke der Deutschen Bahn ...“ bezeichnet; dies ist zu korrigieren.</p> <p>– Blendgutachten: Das Blendgutachten kommt zu dem Schluss, dass es zwar Blendungen in Richtung der Bahnstrecke und damit auch der Triebfahrzeugführer der darauf verkehrenden Züge geben kann, diese werden aber als nicht die Bahnsicherheit beeinträchtigend eingeschätzt. Wir müssen jedoch feststellen, dass ein kritischer Punkt bei möglichen Blendungen nicht untersucht wurde: die im Blendgutachten im Abschn. D.1.1. mit „2“ bezeichnete Fläche mit Solarmodulen kann aufgrund ihrer Lage nördlich des nichttechnisch (durch Übersicht i.V.m akustischen Signalen der Eisenbahnfahrzeuge) gesicherten Bahnüberganges (BÜ) im Bahn-km 52,925 zu Blendwirkungen auf einen, sich dem BÜ auf dem Weg nähernden Wegebenutzer führen. Dadurch kann dieser in seiner Wahrnehmung - Prüfung der Bahnstrecke auf sich nähernde Zugfahrten - eingeschränkt werden, was eine Gefährdung von Verkehrs- und Bahnbetriebssicherheit am BÜ darstellt. Außerdem wird im Abschn. E. des Gutachtens ausgeführt, dass bei einer „bewussten</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, es erfolgt eine redaktionelle Anpassung der Begründung im Kapitel 2.1 die Streckenbezeichnung betreffend.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, nachfolgend wird näher darauf eingegangen.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Blickwendung“ des Triebfahrzeugführers in einen Bereich außerhalb seines Blickfeldes (üblich: auf die Bahnstrecke) diese Blickwendung in den Bereich der Blendungen führt. Gerade vor dem BÜ ist jedoch der Triebfahrzeugführer verpflichtet, den auf den BÜ zuführenden Wegbereich auf sich „in gefahrdrohender Weise nähernde“ Straßenverkehrsteilnehmer zu prüfen. Somit darf auch er in diesem Bereich keinen Blendwirkungen ausgesetzt werden, um eine Gefährdung von Verkehrs- und Bahnbetriebssicherheit auszuschließen.</p> <p>Eine nachträgliche, spezielle Betrachtung dieser beiden Aspekte im Rahmen des Blendgutachtens ist aus unserer Sicht erforderlich.</p> <p>Um Beachtung bei der weiteren Erstellung des TFNP- und B-Planes wird gebeten.</p> <p>Stellungnahme vom 25.07.2022</p> <p>nach unserer bisherigen, für die Planvorhaben abgegebenen Stellungnahme – zuletzt mit unserem Schreiben GF2-P20 / 54-2022 vom 13.05.2022 – haben Sie folgende Unterlage vorgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anschreiben vom 12.07.2022, - Fachgutachterliche Beurteilung („Stellungnahme zum Bahnübergang am Bahn-km 52,925 in Bezug auf das Ergebnis des Blendgutachtens für den Solarpark Gerdshagen“) der Obst & Ziehmann GmbH 20457 Hamburg vom 08.07.2022. <p>Die Fachgutachterliche Stellungnahme wird unsererseits zurückgewiesen; Begründung: Die Darlegungen zum Sachverhalt werden bahnbetrieblichen und -technischen Anforderungen in keinsten Weise gerecht; im Einzelnen müssen wir folgende Sachverhalte als fehlerhaft bewerten:</p>	<p>Das Blendgutachten wurde gem. der vorgetragenen Bedenken vom Fachgutachter redaktionell ergänzt. Es wurde eine Stellungnahme zum Bahnübergang am Bahn-km 52,925 mit Datum v. 08.07.2022 erarbeitet und als Anlage zum BP aufgenommen.</p> <p>Die neue ergänzende gutachterliche Einschätzung wird nochmals zur Feinabstimmung dem Träger vorgelegt, hieraus erfolgte eine erneute Beteiligung der Regio Infra Nord Ost GmbH & Co.KG</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, dass die gutachterliche Stellungnahme durch den Sachverständigen 8.2 Obst & Ziemann GmbH zurückgewiesen wird.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>- Verhalten des Wegbenutzers: Korrekt ist, dass der Wegbenutzer sich dem BÜ „vorsichtig“ nähern muss. Allerdings dürfen auch keine ablenkenden Wirkungen, die den Wegbenutzer daran hindern oder ihn darin beeinträchtigen könnten, ein sich dem BÜ näherndes Eisenbahnfahrzeug zweifelsfrei wahrzunehmen, eintreten. Mit der Errichtung des Solarparks treten solche beeinträchtigenden Wirkungen in Form von nicht ausgeschlossenen Blendungen ein. Die Blendungen sind daher durch geeignete Maßnahmen auszuschließen.</p> <p>- Verhalten des Triebfahrzeugführers (Tf) Korrekt ist das beschriebene Verhalten des Tf, vor BÜ seinen Fahrbereich „auf sich in gefährdender Weise nähernde Straßenverkehrsteilnehmer“ zu prüfen. Allerdings wird dem Tf aufgegeben, solche Straßenverkehrsteilnehmer zunächst durch wiederholte akustische Warnsignale bis hin zum Dauerton zu warnen, da er davon ausgehen muss, dass die Straßenverkehrsteilnehmer das sich nähernde Eisenbahnfahrzeug dann wahrnehmen und ihr Verhalten dieser Näherung anpassen.</p> <p>Die geometrischen Bedingungen vor einem BÜ (Sichtbeziehungen) lassen keinen ausreichenden Bremsweg für einen Zug zu, sondern unterstellen grundsätzlich ein korrektes Verhalten der Straßenverkehrsteilnehmer.</p> <p>Wir halten unsere Auflage zur Mängelabstellung im Blendgutachten weiter aufrecht. Um Beachtung bei der weiteren Erstellung des TFNP- und B-Planes wird gebeten.</p> <p>Erneute Stellungnahme vom 09.09.2022</p> <p>nach unseren bisherigen, für die Planvorhaben abgegebenen Stellungnahmen - zuletzt mit unserem Schreiben GF2-P20 / 82-2022 vom 25.07.2022 - haben Sie folgende Unterlage mit Bezugsmail vorgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – neue Fachgutachterliche Beurteilung („Stellungnahme zum Bahnübergang am Bahn-km 52,925 in Bezug auf das Ergebnis des Blendgutachtens für den Solarpark Ger- 	<p>Die nachfolgenden Hinweise werden erneut zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kennntnisnahme, aufgrund der negativen Stellungnahme des Trägers wurde erneut durch den Fachgutachter 8.2 Obst & Ziemann GmbH mit Stand v. 30.08.2022 eine umfangreiche Ausarbeitung unter Beachtung der angegebenen Hinweise vorgelegt. Hierzu wurde erneut eine Abstimmung mit dem Träger Regio Infra Nord Ost GmbH & Co. KG vorgenommen. Die abschließende Stellungnahme lag am 09.09.2022 (sh. Nebenstehend) vor.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass nach erneuter fachgutachterlicher Beurteilung sowie detaillierter Abstimmung zwischen Gutachter und Träger, das nunmehr vorliegende Ergebnis als nicht erkennbare Störung von Bahn- und Straßenverkehr mitgetragen werden kann.</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>dshagen") der Obst & Ziehmann GmbH 20457 Hamburg vom 30.08.2022; im Vorfeld der Stellungnahme hatten Abstimmungen zwischen uns und dem Gutachter stattgefunden.</p> <p>In Würdigung</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Darlegungen in der erneuten Stellungnahme mit hinreichenden und nachvollziehbaren Hinweisen auf das Verhalten von Straßenverkehrsteilnehmern am BÜ sowie – der geplanten Ausrüstung des BÜ mit beidseitig vorhandenen Absperrungen, vor denen jedes Fahrzeug zunächst vor einer BÜ-Querung halten muss, <p>kann das Ergebnis der Stellungnahme mit „nicht erkennbaren Störungen von Bahn- und Straßenverkehr“ unsererseits mitgetragen werden.</p> <p>Für die Begleichung des uns entstandenen Aufwandes für die umfangreichen und wiederholt erforderlichen Prüfungen der eingereichten Unterlagen werden wir Ihnen eine pauschale Aufwandsrechnung i.H.v. 112,00 € (netto) im Nachgang zusenden.</p> <p>Erneute Stellungnahme vom 09.09.2022</p> <p>hier: Stellungnahme der RIN zur Erschließung über die Bahnstrecke Pritzwalk – Meyenburg</p> <p>im Rahmen des aktuell laufenden Bauplanungsverfahrens zum im Betreff benannten B-Plan sind wir beteiligt und durch den Vorhabenträger gebeten worden, in Vorbereitung der in Ihrem Amt zu fällenden Entscheidungen zur Erschließung des Plangebietes vorab Stellung zu nehmen.</p> <p>Durch das Plangebiet verläuft die uns gehörende und durch uns betriebene Bahnstrecke 6938 Pritzwalk – Meyenburg wobei der östliche Bereich des Plangebietes nur über den im Streckenabschnitt Falkenhagen – Brügge befindlichen Bahnübergang im Bahn-km 52,925 erreichbar ist.</p> <p>Wir verweisen zunächst auf unsere seinerzeitige Stellungnahme zum Planverfahren mit Schreiben GF2-P20 / 25-2021 vom 05.03.2021, in der wir unter Nr. 3. auf die Widmung des Bahnüberganges (BÜ) als sog. „Privat-BÜ“</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, die Ausführungen sind korrekt</p> <p>Kenntnisnahme, die aufgezählten Stellungnahmen fanden Berücksichtigung</p>

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>verwiesen haben, für dessen Nutzung einschlägige Bestimmungen des Bahnregelwerkes zur Anwendung kommen.</p> <p>In Abstimmung mit dem Vorhabenträger erarbeiten wir derzeit Regelungen, um die privat bzw. unternehmerisch zu errichtenden neuen Anlagen unter den Nutzungsbedingungen für einen Privat-BÜ zu erreichen. Das Procedere wird dabei sicherstellen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Widmung eines Privat-BÜ mit eingeschränktem Nutzerkreis erhalten bleibt und - eine Erschließung für die im Rahmen der Anlagenneuerrichtung erforderlichen Zwecke (Errichtung, Vorhaltung und Rückbau) mit den notwendigen Fahrten über den BÜ jederzeit und unter Beachtung der Nutzungsbedingungen möglich sein wird. <p>Die erforderliche Erschließungswirkung zum Plangebiet über den BÜ wird somit gegeben sein.</p>	<p>Kenntnisnahme,</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit Satzungsbeschluss die erforderliche Erschließung sicher gestellt sein wird.</p>
19. Stadtwerke Pritzwalk, Gartenstraße 8, 16928 Pritzwalk		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
20. Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ Sitz Pritzwalk Schönhagener Straße 16 16928 Pritzwalk	<p>Stellungnahme vom 13.04.2022</p> <p>wir bitten um Übersendung des Abwägungsergebnisses und verweisen im Übrigen auf unsere Stellungnahme vom 08.02.2021 zum oben genannten Vorhaben.</p>	Die Hinweise aus der Stellungnahme vom 08.02.2021 werden bereits von der Planung berücksichtigt, den sonstigen Hinweisen wird gefolgt.
21. Wasser- und Abwasserzweckverband „Pritzwalk“ Hainholweg 65 16928 Pritzwalk	<p>Stellungnahme vom 29.04.2022</p> <p>Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 11.04.2022 erhalten Sie hiermit unsere Stellungnahme unter der Reg. Nr. 87/22.</p> <p>Gegen die 5. Änderung des o.g. Teilflächennutzungsplanes bestehen unsererseits keine Einwände, da durch den Änderungsbereich keine Belange des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Pritzwalk berührt werden.</p>	Kenntnisnahme

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
22. GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig	Stellungnahme vom 11.07.2022 (über BIL-Leitungsauskunft, Anfrage vom 20.06.2022) hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir die Bearbeitung Ihrer o.g. Anfrage abschließen, da es sich entsprechend Ihrer E-Mail vom 11.07.2022 um eine doppelte Anfrage zur Leitungsauskunft handelt. Unsere Antwortschreiben PE3386/22 vom 13.05.2022 sowie PE3385/22 vom 17.05.2022 behalten weiterhin ihre Gültigkeit.	Kenntnisnahme, da parallel zur Trägerbeteiligung zusätzlich eine Anfrage über das BIL-Leitungsauskunftsportal erfolgte. Der Hinweis ist korrekt. Die GDMcom gab mit Schreiben vom 09.05.2022 im Rahmen der parallel laufenden Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur 5. Änderung des TFNP der Gemeinde Gerdshagen eine Stellungnahme ab und teilte die Betroffenheit des Anlagenbetreibers ONTRAS Gastransport GmbH mit. Der Leitungsbestand der ONTRAS wurde in der Planung berücksichtigt.
23. EMB, Energie Mark Brandenburg, Großbeerenstr. 181-183, 14482 Potsdam, vertreten durch NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	Hinweis vom 12.04.2022 vielen Dank für Ihre Nachricht. Bitte beachten Sie , dass die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG zum Leitungsbestand, zu Leitungsrechten, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ausschließlich über das Leitungsauskunftsportal (LAP) der infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH erfolgt. Die NBB kann kostenfrei mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden. Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang (kostenpflichtig). Der Zugang zum Leitungsauskunftsportal kann unter www.infrest.de beantragt werden. Benötigen Sie Unterstützung oder Hilfe zur Nutzung des Portals, stehen Ihnen die Mitarbeiter der infrest, werktags von 8 bis 16 Uhr unter 030/2244 525 810 gern zur Verfügung. Ihre Nachricht wird nicht weitergeleitet oder bearbeitet!	Im Zuge der Beteiligung, über das bundesweite Informationssystem zur Leitungsrecherche (BIL), wurde keine Betroffenheit der EMB mitgeteilt.
24. 50Hertz Transmission GmbH Netzbetrieb Eichenstraße 3a 12435 Berlin	Stellungnahme vom 12.04.2022 Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungs-	Kenntnisnahme

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	betreiber nicht. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	
25. E.ON edis AG, Regionalbereich Prignitz, Wittstocker Straße 1, 16909 Heiligengrabe		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
26. NBB Netzgesellschaft Berlin- Brandenburg mbH & Co. KG An der Spandauer Brücke 10 10178 Berlin	Hinweis vom 11.04.2022 Vielen Dank für Ihre Nachricht. Bitte beachten Sie , dass die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG zum Leitungsbestand, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ausschließlich über das Leitungsauskunftsportal (LAP) der infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH erfolgt. Die NBB kann dauerhaft, unbegrenzt und kostenfrei mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden. Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang. Die Auswahl der NBB führt zu keiner Erhöhung der Anzahl der Beteiligungen. Sollte daher ausschließlich die NBB oder gleichartige Beteiligungen ausgewählt werden, ist der gesamte Vorgang für den Nutzer kostenlos. Der Zugang zum Leitungsauskunftsportal kann unter www.infrest.de beantragt werden. Ihre Nachricht wird nicht weitergeleitet oder bearbeitet!	Im Zuge der Beteiligung, über das bundesweite Informationssystem zur Leitungsrecherche (BIL), wurde keine Betroffenheit der NBB mitgeteilt.
27. Amt Meyenburg, Freyensteiner Straße 42, 16945 Meyenburg		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
28. Stadtverwaltung Pritzwalk, Marktstraße 39, 16928 Pritzwalk		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
29. Amt Putlitz-Berge, Zur Burghofwiese 2, 16949 Putlitz		Bis einschließlich 04.10.2022 lag keine Stellungnahme vor.
30. Stadt Wittstock/Dosse Markt 1 16909 Wittstock/Dosse	Stellungnahme vom 12.05.2022 wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 13.04.2022 (Posteingang per E-Mail) und möchten Ihnen hiermit die Stellungnahme als Nachbargemeinde bzw. TöB zum o. g. Verfahren mitteilen. Durch den o. g. Bebauungsplan werden keine gemeindlichen Belange oder Planungen berührt, so dass seitens der Stadt Wittstock/Dosse keine Bedenken oder Einwände bestehen.	Kenntnisnahme
31. Gemeinde Heiligengrabe	Stellungnahme vom 19.04.2022	

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Am Birkenwäldchen 1a 16909 Heiligen- grabe	bezugnehmend auf die unten stehende E-Mail möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen. Aus Sicht der Gemeinde Heiligengrabe bestehen keine Einwände zu den Planungen 5. Änderung des TFNP Gerdshagen und B-Plan Nr. 7 „Solarpark nordöstlich Anschlussstelle Meyenburg“. Derzeit sind keine Planungen bzw. sonstige Entwicklungsvorhaben der Gemeinde vorgesehen, die für den Planbereich von Bedeutung sind.	Kenntnisnahme
32. Fernstraßen-Bundesamt, Friedrich-Ebert- Straße 72-78, 04109 Leipzig	Stellungnahme vom 03.08.2022 (im Rahmen der Nachbeteiligung am 03.08.2022) Zu den Zuständigkeitsverhältnissen im Rahmen des Verfahrens Bauleitplanung möchten wir Sie auf folgendes aufmerksam machen. Hierzu möchten wir kurz den Begriff der Bauleitplanung beleuchten, der ein Konglomerat aus Flächennutzungsplan und Bebauungsplan darstellt. Gem. § 4 BauGB sind bei Bauleitplanungen die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Diese Aufgabe nimmt seit 1. Januar 2021 die Autobahn GmbH des Bundes (AdB) für die Bundesautobahnen als Träger der Straßenbaulast wahr (§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 InfrGG-BV). Daneben ist das Fernstraßen-Bundesamt in Bau- und Genehmigungsverfahren zur Erteilung einer Zustimmung zu beteiligen, sofern die Planung den Bereich von 100 m links und rechts der Autobahn, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn betrifft. Bei der Durchführung des Bebauungsplan- und Flächennutzungsverfahrens entfällt eine direkte Beteiligung des Fernstraßen-Bundesamtes neben der Autobahn GmbH des Bundes (AdB). Die AdB gibt eine Gesamtsternnahme unter Berücksichtigung der anbaurechtlichen Interessen ab (§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 12 InfrGG-BV, welcher die AdB direkt mit dem § 9 Abs. 7 FStrG beleiht). Somit ist im Fall eines Bebauungsplanverfahrens lediglich die AdB direkt durch den Antragsteller zu beteiligen. Entsprechend erhalten Sie die Antragsunterlagen zurück. Wir bitten Sie, Ihr Stellungnahmeersuchen der Autobahn GmbH des Bundes zuzuleiten.	Kenntnisnahme Die nachfolgenden Hinweise werden entsprechend beachtet. Für das vorliegende Planvorhaben wird ein nachfolgender Bauantrag eingereicht; in diesem Verfahren wird der Träger erneut beteiligt. Kenntnisnahme, der Hinweis wurde beachtet, die Autobahn GmbH des Bundes wurde nachträglich beteiligt.
33. Die Autobahn GmbH des Bundes, An der Autobahn 111, 16540 Hohen-	Stellungnahme vom 17.08.2022 die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Vorhaben wurden erneut geprüft. Aus der Sicht der Autobahnverwaltung ergeht dazu folgende Stellungnahme	Kenntnisnahme

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Neuendorf	<p>Zum Vorentwurf des o.. g. Bauleitplanes hat sowohl die Niederlassung Nordost der Autobahn GmbH des Bundes als auch das Fernstraßen-Bundesamt Stellungnahmen mit den Schreiben vom 18.03.2021 bzw. 17.03.2021 abgegeben. Die darin gegebenen Hinweise sind teilweise berücksichtigt. Jedoch finden im Textteil und in der Planzeichnung des Bebauungsplanes konkrete Forderungen keinen Niederschlag.</p> <p>Der erwünschten Darstellung der im § 9 FStrG (Bundesfernstraßengesetz in der jeweils aktuellen Fassung) festgelegten Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszonen (40 m bzw. 100 m zum Fahrbahnaußenrand der Autobahn) in die Planzeichnung des Bebauungsplanes wurde nicht gefolgt und sollte nachgeholt werden.</p> <p>Der wichtige Hinweis, dass nach abgeschlossenem Bauleitplanverfahren ein planungsrechtlich zulässiger Bauantrag für das konkrete beabsichtigte Bauvorhaben dem Fernstraßen-Bundesamt (FBA), Referat S1 - Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht, Friedrich-Ebert-Straße 72-78, 04109 Leipzig, zur Prüfung und straßenrechtlichen Zustimmung vorzulegen ist, fehlt.</p> <p>Daneben weisen wir erneut darauf hin, dass Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer auf der A 24 ablenken können und somit geeignet sind, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, nichterrichtet werden dürfen. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs .Auf § 33 StVO wird verwiesen. Die Errichtung von Werbeanlagen unterliegt in jedem Einzelfall der straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung durch das Fernstraßen-Bundesamt (FBA), Referat 51- Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht, Friedrich-Ebert-Straße 72- 78, 04109 Leipzig. Dies gilt auch in der Bauphase.</p> <p>Das Baugebiet befindet sich sehr nah an der Autobahn. Eine Bebauung dieser autobahnnahe Bereiche ist trotz der dem Stand der Technik entsprechenden Sicherheitsausstattung der A 24 nicht gefahrlos. Außerdem können bei Autobahnbaumaßnahmen keine Bautechnologien, die Vibrationen in den Boden eintragen, ausgeschlossen werden. Deshalb dürfen zu keiner Zeit Ansprüche für Schäden, die durch von der Autobahn abirrende Gegenstände oderabkommende Fahrzeuge oder Autobahnbaumaßnahmen an der geplanten Solaranlage entstehen, gegenüber der Bundesstraßenverwaltung gel-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, soweit möglich werden die Anbauverbots-und Anbaubeschränkungszonen innerhalb u. außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes als Darstellung ohne Normcharakter aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme, der nachfolgende Hinweis betrifft das Folgeverfahren und kann in die Begründung aufgenommen werden.</p> <p>Kenntnisnahme, die Hinweise können nachrichtlich in die Begründung aufgenommen werden.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 23.10.2022

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB (11.04.2022-13.05.2022)

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	tend gemacht werden. Die Bauleitplanung ist vor dem Hintergrund der beiden o. g. Schreiben zu ändern und der Bebauungsplan mit den hiermit wiederholt vorgebrachten Anmerkungen zu ergänzen.	Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet.

- 21 TöB gaben eine Stellungnahme ab, davon gaben 2 TöB (Nr. 23 EMB und 26 NBB) lediglich den Hinweis zur Nutzung der infrest-Leitungsauskuft
- 12 TöB gaben keine Stellungnahme ab
- aus der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein